

Pflichtdienst für alle?



Sprichwörtlich an den Nagel gehängt...

... wurde 2011 die Wehrpflicht und mit ihr der Ersatzdienst. Über Jahrzehnte hinweg waren volljährige Männer grundgesetzlich verpflichtet, Dienst an der Waffe oder im zivilen Bereich zu leisten. Fehlende Wehrgerechtigkeit, hohe Kosten und ein gesunkener Bedarf angesichts eines befriedeten geopolitischen Umfelds waren die Gründe für die Aussetzung der Wehrpflicht.

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 rückte auch die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands wieder stärker in den Fokus – und mit ihr der personelle Bedarf an Soldatinnen und Soldaten. Die Bundeswehr ist in der Debatte um einen Pflichtdienst aber nur einer von vielen Tätigkeitsbereichen. Ein geschlechtsunabhängiger „Gesellschaftsdienst“ im Kindergarten, Pflegeheim oder Katastrophenschutz könne, so die Befürworter/-innen, den Zusammenhalt stärken, soziale Schichten in Austausch bringen und das Verständnis zwischen den Generationen verbessern.

Kritiker/-innen führen dagegen grundgesetzliche Hürden an und machen auf die damit einhergehenden Freiheitseinschränkungen aufmerksam. Ob und in welcher Form ein solcher Dienst eingeführt werden soll, wird derzeit diskutiert – das Themenblatt möchte Jugendliche als potentiell Betroffene befähigen, eine eigene Haltung zu entwickeln und artikulieren.

Peter Schuller

Inhalt

Vorab	2
Einführung ins Thema	3 – 5
Hinweise zu den Arbeitsblättern	6 – 8
Arbeitsblätter 01 – 03	9 – 12
Weiteres zum Thema	13
Zuletzt erschienen + Bestellhinweise	14

Zur Autorin/Zu den Autoren

Dr. Rabea Haß ist Soziologin und hat zum Freiwilligen Wehrdienst promoviert. Zudem forscht sie seit 2011 u. a. an der Hertie School zu nationalen und internationalen Freiwilligendiensten. **Dr. Grzegorz Nocko** promovierte im Bereich der Bildungswissenschaft mit dem Schwerpunkt europabezogene politische Bildung. Seit fast 20 Jahren ist er im Stiftungswesen sowie als Trainer in der politischen Bildung tätig.

Christopher Hermes ist Lehrer am Pelizaeus-Gymnasium in Paderborn und unterrichtet die Fächer Erdkunde und Sozialwissenschaften. Zudem ist er als Schulbuchautor tätig.

DIE
THEMENBLÄTTER
nutzbar in
3 Varianten



Kopieren: Die Arbeitsblätter sind je doppelt vorhanden: So verbleibt immer ein Exemplar zur Ansicht im Heft, während das andere herausgetrennt und kopiert werden kann – optimiert auf Schwarz-Weiß. Das ermöglicht die Vervielfältigung nach individuellem Bedarf und reduziert unnötigen Abfall.



Ausfüllen: Die PDF-Dateien sind barrierefrei und enthalten Eingabefelder. Die Lernenden können die Aufgaben mit PDF-fähigen Endgeräten lösen und die Ergebnisse digital einreichen. Das spart Druckkosten und ermöglicht Distanzunterricht.



Verändern: Die Themenblätter sind offene Bildungsmaterialien (OER) und stehen im ODT-Dateiformat zur Verfügung. So können viele Inhalte an die Bedürfnisse der Lerngruppe angepasst werden.
bbp.de/themenblaetter

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Bundeskanzlerplatz 2, 53 113 Bonn; www.bpb.de

E-Mail der Redaktion: edu@bpb.de

Redaktion: Peter Schuller (verantwortlich),
Johannes Winter

Autorin/Autoren: Dr. Rabea Haß,
Dr. Grzegorz Nocko, Christopher Hermes

Gestaltung: Raufeld Medien, Berlin

Titelfoto: Getty Images/Ljupco,

Getty Images/Westend61,
KI/Midjourney-generierte Bildteile

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Papier: 100 % Recyclingpapier

Redaktionsschluss: Dezember 2024

Veröffentlichung: 1. Auflage Dezember 2024

Bestell-Nr. 5726, **ISSN** 0944-8357

Lizenz: Dieses Werk steht – soweit nicht durch Copyright-Angaben anders gekennzeichnet – unter der Lizenz CC BY-SA 4.0. Den rechtsverbindlichen Lizenzvertrag finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>. Sie dürfen die Inhalte bearbeiten und die bearbeitete Fassung für Ihren Unterricht nutzen.

Voraussetzungen für die Weitergabe der bearbeiteten Fassung an Dritte sind die Nennung des Werktitels mit Link, der Autoren/-innen und der bpb als Herausgeberin, ein Hinweis auf etwaige Bearbeitungen sowie die Weitergabe unter derselben Lizenz. Das Recht auf Weitergabe gilt nicht für Inhalte mit Copyright-Angabe. Die Attribution soll wie folgt lauten:



Themenblätter im Unterricht | 141, Autorin/
Autoren: Rabea Haß, Grzegorz Nocko,
Christopher Hermes, Herausgeberin: Bundes-
zentrale für politische Bildung/bpb (2024),
Lizenz: CC BY-SA 4.0

Hinweis: Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren/-innen die Verantwortung. Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Wehrpflicht reloaded? Die Diskussion um einen neuen Gesellschaftsdienst

von Rabea Haß und Grzegorz Nocko

In den letzten Jahren verstärkt sich die Debatte zur Einführung eines Gesellschaftsdienstes. Er soll den Zusammenhalt in der deutschen Gesellschaft stärken, sie resilient und verteidigungsfähig machen. Wie kann ein solcher Dienst die Erwartungen erfüllen und welche Kritik gibt es an der Idee?

Um in einer Demokratie Bürger/-innen zu etwas zu verpflichten – und damit ihre Selbstbestimmtheit einzuschränken – bedarf es guter Gründe. Die Verfassung setzt dafür hohe Hürden, nicht zuletzt als Lehre aus Zwangsdiensten wie dem Reichsarbeitsdienst im Nationalsozialismus oder dem rigiden Wehrdienst in der DDR. Zugleich lebt eine Demokratie von Menschen, die das Gemeinwesen aktiv mitgestalten. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die Debatte um einen Gesellschaftsdienst in Deutschland. Anders als die 2011 ausgesetzte Wehrpflicht soll ein neuer Gesellschaftsdienst auch für Frauen gelten. Die Erwartungen an einen solchen Pflichtdienst seitens der Befürworter/-innen sind vielfältig und nicht immer klar umrissen: So soll er den Zusammenhalt der Gesellschaft fördern, ihre Resilienz für Natur- und Klimakatastrophen verbessern, Versorgungslücken im sozialen Bereich lindern oder einen Beitrag zur Wehrhaftigkeit leisten, also die Bundeswehr stärken.

Blick zurück: Wehrpflicht, Zivildienst und Freiwilligendienste in der Bundesrepublik

Die gegenwärtige Debatte und die jeweiligen Argumente für oder gegen einen Pflichtdienst sind auch vor dem Hintergrund der Historie von Wehrpflicht und Co. zu verstehen: 1955 wurde mit der Wiederbewaffnung die Bundeswehr gegründet, ein Jahr später erfolgte die Einführung der Wehrpflicht für alle volljährigen Männer. Mit der Bundeswehr als Parlamentsarmee, über deren Einsatz allein der Bundestag entscheiden kann, festigte man so das Ideal des Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“. In Zeiten des Kalten Krieges galt die Wehrpflicht als unverzichtbarer Baustein der Landesverteidigung, da den Reservisten im Ernstfall eine zentrale Rolle zukommen sollte. Ergänzend wurde 1960 der Zivildienst für diejenigen Männer eingeführt, die aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe verweigerten. Als ziviles Pendant beruhte dieser rechtlich auf der Wehrpflicht. Die Bundeswehr erreichte 1989 mit rund 480.000 Soldaten, davon etwa 230.000 Wehrpflichtige, ihre bislang größte Truppenstärke. Zum Vergleich: 2024 leisteten etwa 181.000 Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst, darunter knapp 9.000 freiwillig Wehrdienstleistende. Seit 2001 können Frauen auf freiwilliger Basis dienen. 2011 wurden die Wehrpflicht und damit auch der Zivildienst ausgesetzt, wenngleich nicht gänzlich abgeschafft. Die Bedrohungslage schien damals gering und die Wehrgerechtigkeit war

nicht mehr gegeben, da immer mehr Männer ausgemustert wurden. Auch die hohen Kosten der Wehrpflicht galten als Grund für die Aussetzung. An ihre Stelle trat ein freiwilliger Wehrdienst.

Parallel zur Wehrpflicht entwickelten sich zivile Freiwilligendienste, deren Ursprünge im seit 1954 bestehenden Diakonischen Jahr für junge Frauen liegen. Heute gibt es zahlreiche Freiwilligendienste, darunter das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und den Bundesfreiwilligendienst („BuFdi“) sowie weitere europäische und internationale Programme wie „weltwärts“. 2023 leisteten knapp 90.000 Menschen pro Jahr einen Freiwilligendienst im zivilen Bereich. 90 Prozent davon sind junge Erwachsene zwischen 16 und 27 Jahren, das entspricht etwa 12 Prozent eines Jahrgangs. Allerdings repräsentieren sie die Gesellschaft nicht ausgewogen: In den zivilen Freiwilligendiensten sind mehr Frauen (60 Prozent) als Männer (40 Prozent) vertreten. Die Jugendlichen sind besser ausgebildet als der gleichaltrige Durchschnitt. Die Freiwilligen bei der Bundeswehr entsprechen zwar in etwa dem Bildungsdurchschnitt, sind dafür aber zu 82 Prozent männlich.¹

Grundsätzlich ist die Bereitschaft, einen Freiwilligendienst zu leisten, bei jungen Menschen vorhanden: So zeigten sich 2023 in einer Studie über 70 Prozent der Befragten gegenüber einem solchen Dienst aufgeschlossen. Allerdings scheitert es oft am Wissen über die bestehenden Möglichkeiten. Zudem schrecken besonders in den zivilen Freiwilligendiensten das geringe Taschengeld und fehlende Qualifikationsnachweise ab. Denn es gibt kaum Möglichkeiten, das Erlernte im Anschluss z. B. für eine Lehrzeitverkürzung oder ähnliche ausbildungsbezogene Vorteile zu nutzen. Die Dienste werden derzeit von den jungen Menschen vorwiegend zur (beruflichen) Orientierung und als sinnvoll empfundene Überbrückung zwischen zwei Ausbildungsabschnitten genutzt. Meist wird der Dienst in Vollzeit absolviert und dauert zwischen sechs und 23 Monaten. Die Persönlichkeitsentwicklung nimmt einen hohen Stellenwert ein und wird unter den Motiven für einen Dienst höher gewichtet als das Anliegen, etwas für andere zu tun.²

Modelle für einen Gesellschaftsdienst in der Diskussion

In der deutschen Bevölkerung stößt ein Gesellschaftsdienst für alle auf große Resonanz. In einer Umfrage sprachen sich 2024 knapp drei Viertel (73 Prozent) der Befragten für einen Pflichtdienst aus. Die 18- bis 25-Jährigen waren etwas skeptischer, dennoch befürworteten 66 Prozent die Idee.³ Dabei wurde allgemein nach einem „verpflichtenden Gesellschaftsdienst“ gefragt – in der konkreten Ausgestaltung konkurrieren jedoch mehrere Modelle miteinander:

¹ Rabea Haß, Grzegorz Nocko (2023): Ein Gesellschaftsdienst für alle – zur Machbarkeit in Deutschland und Europa. ghst.de/gesellschaftsdienst unter „PDF der Studie 2023“, S. 9.

² Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hg.) (2023): Was brauchen junge Menschen, um sich zu engagieren? dkjs.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/programme/u_count_Bericht_barrierearm.pdf, S. 25, 66.

³ Ipsos: „Große Mehrheit für Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes“, 4.6.2024. ipsos.com/de-de/grosse-mehrheit-fur-einfuehrung-eines-verpflichtenden-gesellschaftsdienstes

Soziale Pflichtzeit

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier skizzierte erstmals 2022 einen Dienst, der Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenbringen soll, um „gegenseinander abgeschottete Lebenswelten [zu] öffnen – reich und arm, Abiturienten und Hauptschüler, jung und alt, Stadt und Land, Ost und West, Nord und Süd, diese oder jene Religion, Kultur, Herkunft, Orientierung, Identität“.⁴ Eine solche „Soziale Pflichtzeit“ sei als flexibles Modell zu verstehen mit Einsatzzeiten von sechs bis zwölf Monaten, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Leben geleistet werden könnten, also nicht notwendigerweise im Übergang von der Schule ins Berufsleben. Damit schließt der Vorschlag alle Generationen ein und sieht ein breites Spektrum an Einsatzmöglichkeiten vor. Wehrhaftigkeit bzw. sicherheitspolitische Aspekte stehen dabei nicht im Zentrum der Überlegungen, stattdessen ist der gesellschaftliche Zusammenhalt das zentrale Argument.

Neuer Wehrdienst

Im Sommer 2024 präsentierte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) seine Pläne nach dem Vorbild Schwedens: Nach dem 31. Dezember 2006 geborene Männer, die deutsche Staatsbürger sind, werden demnach verpflichtet, online einen Fragebogen zu Fitness, Bildungsabschluss und weiteren Qualifikationen auszufüllen. Darin werden sie auch gefragt, ob sie einen Wehrdienst absolvieren möchten. Auf dieser Basis sollen diejenigen, die grundsätzlich Interesse zeigen, gemustert werden. Ein Teil davon, so die Hoffnung, würde dann einen freiwilligen Wehrdienst von sechs bis 23 Monaten antreten. Die Auswahl basiert auf den Bedürfnissen der Bundeswehr und der Motivation der Kandidaten. Denn die Personalgewinnung für die Bundeswehr und die Aufstockung einer Reserve für den Kriegsfall steht im Fokus des Modells – würde im Verteidigungsfall die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, könnte man dank der Fragebogenerhebung auf eine Datenbank zurückgreifen. Eine Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen bliebe möglich. Der Dienst könnte ohne Änderung des Grundgesetzes mit einer Anpassung des Wehrdienstgesetzes umgesetzt werden – allerdings dürften verpflichtende Elemente nur für Männer eingeführt werden (→ Kritik). Perspektivisch soll das Modell zu einem Gesellschaftsdienst für alle jungen Menschen ausgebaut werden. Das zuletzt noch abgeschwächte Vorhaben wurde vom Ende der Regierungskoalition im November 2024 vorerst ausgebremst.

Verpflichtendes Gesellschaftsjahr

In ihrem Grundsatzprogramm setzt die CDU auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für Schulabgänger/-innen und die Stärkung des Ehrenamts, um „die Bindekräfte in der Gesellschaft [zu] fördern und unterschiedliche Milieus zusammen[zuführen]“.⁵ Auch die Verteidigungsfähigkeit wird als Grund angeführt, die Option eines Wehrdienstes ist als zentrale Säule benannt. Die Schwesterpartei CSU sieht zudem flexible Modelle wie Lebenszeitkonten und Mehrjahresoptionen vor und benennt neue Ideen für eine bessere Anerkennung: Darunter fallen eine faire Bezahlung, die Möglichkeit der Anrechnung der geleisteten Zeit auf die weitere Ausbildung oder Vorteile bei der Vergabe von Krediten durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Gesetzlicher Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst

Eine andere Richtung schlagen Organisationen wie die Johanner, die Arbeiterwohlfahrt und das Deutsche Rote Kreuz mit ihrem Modell für die zukünftige Gestaltung von Freiwilligendiensten ein. Sie wünschen sich eine „Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit“⁶ und fordern konkret einen Rechtsanspruch, so dass jede geschlossene Vereinbarung zwischen Freiwilligen und Einsatzstelle staatlich finanziert wird. Dies soll Planungssicherheit geben sowie einen Anreiz für die Einsatzstellen, aktiv(er) um Freiwillige zu werben. Die Forderung sieht zudem eine höhere Bezahlung etwa in Höhe der BAföG-Sätze vor sowie eine Informationskampagne, um Schulabgänger/-innen besser zu erreichen. Mit diesen Rahmenbedingungen sollen bis 2030 doppelt so viele Menschen einen Freiwilligendienst absolvieren wie momentan, also etwa 200.000 Personen pro Jahr anstatt derzeit um die 100.000 Personen.

Gemeinsamkeiten der Vorschläge

Auch wenn die Modelle auf den ersten Blick miteinander in Konkurrenz stehen und sich hinsichtlich Dauer, Grad der Verpflichtung oder Konkretionsgrad unterscheiden, ist die Schnittmenge groß. Denn *erstens* werden die Dienste an der Gesellschaft per se als demokratiefördernd eingestuft. *Zweitens* sollen in den Formaten möglichst alle gesellschaftlichen Milieus erreicht werden – strittig ist, welche Altersspanne im Fokus steht. *Drittens* soll die Dienstzeit für die Dienstleistenden auf persönlicher und beruflicher Ebene eine Weiterentwicklung gewährleisten und *viertens* sehen alle Modelle eine Wahlfreiheit über Zeitpunkt, Ort und Tätigkeitsfeld vor, um die individuelle Lebensplanung zu berücksichtigen.

Kritik und offene Fragen der Umsetzung

Die Berufsfreiheit hat in Deutschland Verfassungsrang, nicht zuletzt als Lehre aus dem Nationalsozialismus. Daher darf nach Art. 12 Abs. 2 GG niemand „zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.“ Als „herkömmlich“ gilt, was bereits vor der Zeit des Nationalsozialismus tradiert wurde, beispielsweise Dienst in der Feuerwehr oder im Deichschutz. Ein Zivildienst, wie er in der Bundesrepublik eingeführt wurde, zählt demnach nicht dazu. Dementsprechend gehen Verfassungsrechtler/-innen davon aus, dass das Bundesverfassungsgericht die Vorgabe von Art. 12 Abs. 2 GG eng auslegen würde, wenn es zu einer Klage gegen einen darüber begründeten Pflichtdienst kommen würde. Die wiederum in Art. 12a Abs. 1 GG festgehaltene, derzeit ausgesetzte Wehrpflicht bezieht sich ausschließlich auf die Verpflichtung von Männern, Frauen wären davon nicht erfasst. Der Ersatzdienst war außerdem nur ein „Surrogat“ der

⁴ Frank-Walter Steinmeier: Beitrag zur sozialen Pflichtzeit in der FAZ vom 26.5.2023. [bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Zeitungsbeitraege/2023/230526-FAZ-Soziale-Pflichtzeit.html](https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Zeitungsbeitraege/2023/230526-FAZ-Soziale-Pflichtzeit.html)

⁵ CDU (2024): Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. [grundsatzprogramm-cdu.de/sites/www.grundsatzprogramm-cdu.de/files/downloads/240507_cdu_gsp_2024_beschluss_parteitag_final_1.pdf](https://www.grundsatzprogramm-cdu.de/sites/www.grundsatzprogramm-cdu.de/files/downloads/240507_cdu_gsp_2024_beschluss_parteitag_final_1.pdf), S. 2.

⁶ Recht auf Freiwilligendienst (2024): Freiwilligendienste 2030 – Vision für eine Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit. Position der verbandlich organisierten Zivilgesellschaft und Zentralstellen der Freiwilligendienste im In- und Ausland. rechtauffreiwilligendienst.de

Wehrpflicht, woraus sich eine eigenständige Dienstpflicht also kaum ableiten lässt.⁷ Die Einführung eines Pflichtdienstes für alle erfordert also eine Grundgesetzänderung, für die eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament notwendig ist. Der Bund hat die Gesetzgebungskompetenz für einen allgemeinen Pflichtdienst im Grundgesetz jedoch nur mit Blick auf die Landesverteidigung in Art. 12a, für einen allgemeinen Dienst besteht keine Gesetzgebungsbefugnis. Eine alternative Idee, diese rechtlichen Hürden zu umschiffen, ist die Integration eines solchen Dienstes in die Schulpflicht. Dann bedürfte es jedoch der Änderung von 16 Landesschulgesetzen. Es sind jedoch weitere Rechtsinstanzen zu beachten wie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) in Artikel 4 Abs. 2, die Grundrechtecharta der Europäischen Union (GRCh) in Artikel 5 Abs. 2 oder die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO): Sie alle zielen auf das *Verbot der Zwangsarbeit*.

Kritik erfährt die überwiegende Begrenzung auf junge Menschen: Die junge Generation würde durch die Versäumnisse der Babyboomer bereits übermäßig stark belastet werden (z. B. durch die Folgen des Klimawandels, unsichere Renten sowie Investitionsstau in Bildung und Infrastruktur), so der Ökonom Marcel Fratzscher.⁸ Die Forderung einer Pflicht verkenne außerdem, dass auch heute schon viele junge Menschen engagiert sind.⁹ Auch in der deutschen Parteienlandschaft herrscht nicht nur Zustimmung,¹⁰ große Teile von SPD und Grünen setzen eher auf Engagement in Form von Freiwilligendiensten oder beziehen keine einheitliche Position, in der FDP ist die grundsätzlich ablehnende Haltung auf das Freiheitsverständnis der Partei zurückzuführen. Die Linke betrachtet einen Pflichtdienst als ungerecht gegenüber der jungen Generation.

Analysen von Wehrpflichtmodellen in Demokratien zeigen, dass die obersten zehn Prozent der Gesellschaft oft unterrepräsentiert sind. Denn sie haben in der Regel das finanzielle und soziale Kapital, sich einer Dienstpflicht zu entziehen. Die Annahme, dass eine Dienstpflicht per se gerecht sei und alle gleichermaßen erreicht, ist also zu hinterfragen. Zudem zeigt sich, dass – je nach Ausgestaltung – die Folgen eines Dienstjahres Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark beeinflussen. Während ein Dienst, der idealerweise mit einem Kompetenzerwerb einhergeht, die berufliche Laufbahn von gering Qualifizierten positiv beeinflussen kann, sind bei Hochqualifizierten auch negative Auswirkungen auf die Einkommensentwicklung möglich. Dies hat nicht nur Konsequenzen auf individueller Ebene, sondern auch volkswirtschaftliche Auswirkungen. Eine Studie des

ifo-Instituts beziffert die volkswirtschaftlichen Folgekosten für ein verpflichtendes Dienstjahr für einen gesamten Jahrgang auf etwa 79 Milliarden Euro. Diese ergeben sich in erster Linie daraus, dass sich der Berufseinstieg verzögert, weniger Vermögen aufgebaut wird und in Folge weniger Konsumleistung entsteht. Prämisse dieser Berechnungen war ein Vollzeitdienst für zwölf Monate mit einer fiktiven Bezahlung von 1.000 Euro pro Monat, also weniger als derzeit im freiwilligen Wehrdienst, aber mehr als durchschnittlich in den zivilen Freiwilligendiensten.¹¹

Im Hinblick auf die Frage der Gerechtigkeit und der Folgekosten ist also die genaue Ausgestaltung entscheidend: Wie flexibel kann ein Dienst in der passenden Lebensphase geleistet werden? Wie ausgeprägt ist der Lerncharakter und wie gestaltet sich die Vergütung während des Dienstes?

Umsetzungsschwierigkeiten und Ausblick

Ein Pflichtdienst bringt die Frage mit sich, wie diejenigen sanktioniert würden, die sich dem System entziehen. Dass sie von Feldjägern verfolgt werden wie zu Zeiten der Wehrpflicht scheint heute undenkbar. Jedoch fehlen bisher konkrete Alternativvorschläge. Andere Länder ergreifen Maßnahmen wie Bußgelder (z. B. Schweden), höhere Steuern (Schweiz), Ämterausschluss bis hin zu Gefängnisstrafe (Südkorea) oder die Absolvierung des Dienstes als Voraussetzung für Führerscheinprüfung oder Hochschulmatrikulation (Vorschlag in Frankreich). Denkbar ist auch das Setzen von Anreizen: Wer einen Dienst geleistet hat, bekommt z. B. leichteren Zugang zu KfW-Krediten, geförderten Wohnraum oder einen Rentenbonus.

Soll sich die Anzahl der Dienstleistenden in Deutschland signifikant erhöhen, ob über wirksame Anreize oder eine Verpflichtung, braucht es eine Reihe an Investitionen in die Strukturen sowie sinnvolle Einsatzstellen. Eine allgemeine Erfassung und Musterung müsste neu etabliert werden, ähnlich den ehemaligen Kreiswehrrersatzämtern. Soll ein Pflichtdienst gesamte Jahrgänge aller Geschlechter einbeziehen, bräuchte es zudem Einsatzstellen für etwa 700.000 bis 800.000 Schulabgänger/-innen pro Jahr. Die Aufgaben müssten einfach genug sein, um von Laien ausgeführt zu werden, aber gleichzeitig relevant für das Gemeinwohl. Je nach Zielsetzung des Dienstes muss ein Reservensystem aufgebaut werden oder Weiterbildung erfolgen, um den Einsatz in klar definierten Notsituationen (z. B. Pandemie) festzulegen. Für eine Grundqualifizierung der Verpflichteten braucht es zudem eine große Zahl an pädagogischen Fachkräften: Rechnet man mit 400.000 Pflichtdienstleistenden – also etwa der Hälfte eines Jahrgangs – wären dem Bundesfreiwilligengesetz zufolge mindestens 10.000 Fachkräfte erforderlich.

Ein Gesellschaftsdienst für alle braucht eine gründliche Vorbereitung und kann nur schrittweise und über viele Jahre wachsen. Die drängendste Frage ist dabei nicht die nach Pflicht oder Freiwilligkeit, sondern danach, was ein solcher Dienst sinnvoll leisten kann und soll. Es gilt mit realistischen Erwartungen und Augenmaß Modelle zu gestalten, die diesen gesellschaftlich gesetzten Erwartungen gerecht werden und zugleich möglichst viele in der Bevölkerung überzeugen. Denn egal ob verpflichtend oder freiwillig, nur motivierte Dienstleistende werden einen Beitrag zu Zusammenhalt und Sicherheit leisten.

⁷ Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (2016): Möglichkeit der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen und Männer nach deutschem Verfassungsrecht. [bundestag.de/resource/blob/436784/bc12a4dfcc0661a0d9abca98c41457d8/WD-3-154-16-pdf-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/436784/bc12a4dfcc0661a0d9abca98c41457d8/WD-3-154-16-pdf-data.pdf), S. 5, 6.

⁸ Marcel Fratzscher: „Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist unverantwortlich“, 28.6.2024. [diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.906580.de](https://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.906580.de)

⁹ Sasha Lobo: „Ein Jahr für den Staat knechten, am besten an der Tankstelle“, 15.6.2022. [spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/dienstpflicht-fuer-die-jugend-ein-jahr-fuer-den-staat-knechten-am-besten-an-der-tankstelle-kolumne-a-4ba7564f-5bed-4642-81c9-1c2f2e5208c5](https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/dienstpflicht-fuer-die-jugend-ein-jahr-fuer-den-staat-knechten-am-besten-an-der-tankstelle-kolumne-a-4ba7564f-5bed-4642-81c9-1c2f2e5208c5)

¹⁰ Neben CDU/CSU befürwortet die AfD laut Grundsatzprogramm einen verpflichtenden Dienst, der Fokus liegt dabei auf der Wiedereinsetzung der Wehrpflicht.

¹¹ Joop Age Harm Adema et. al. (2024): Volkswirtschaftliche Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines sozialen Pflichtjahres. ifo Institut Forschungsberichte. [ifo.de/publikationen/2024/monographie-autorenschaft/wiedereinfuehrung-wehrpflicht-oder-soziales-pflichtjahr](https://www.ifo.de/publikationen/2024/monographie-autorenschaft/wiedereinfuehrung-wehrpflicht-oder-soziales-pflichtjahr)

Wie setze ich die Materialien im Unterricht ein?

von Christopher Hermes

Lernziele:

Die Schülerinnen und Schüler

- erkennen zentrale Wendepunkte in der historischen Entwicklung der Wehr- und Dienstpflicht in Deutschland,
- analysieren das gesellschaftliche Stimmungsbild zu einem verpflichtenden Gesellschaftsjahr,
- erläutern die gegenwärtige Unvereinbarkeit des Grundgesetzes mit einem allgemeinen verpflichtenden Gesellschaftsdienst,
- erarbeiten Herausforderungen, die ein verpflichtender Gesellschaftsdienst mit sich bringen würde,
- vergleichen die Regelungen zur Wehr- und Dienstpflicht in verschiedenen Ländern,
- erläutern die derzeit zur Diskussion stehenden Modelle und bewerten diese im Hinblick auf ihre eigenen Vorstellungen,
- erarbeiten Pro- und Kontra-Argumente für einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst und
- entwickeln eigene Ideen hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung eines Gesellschaftsdienstes in Deutschland.

Vorab: Die Arbeitsblätter thematisieren jeweils einen anderen Aspekt im Themenbereich Dienstpflicht und können einzeln eingesetzt werden, empfohlen wird der Einsatz des gesamten Materials. AB 01 setzt auf der individuellen Ebene der Lernenden an. Durch den historischen Rückblick wird ein tieferes Verständnis für die heutige Diskussion und aktuelle Umfragen ermöglicht. AB 02 legt den Schwerpunkt auf die rechtliche Dimension des Themas. Zudem werden weitere Herausforderungen thematisiert, die mit der Einführung eines solchen Dienstes verbunden wären. Ein internationaler Vergleich zeigt auf, wie andere Länder die Wehr- und Dienstpflicht handhaben, womit die Einordnung in einen globalen Kontext möglich wird. AB 03 (doppelseitig) stellt vier derzeit diskutierte Modelle für die Einführung eines Gesellschaftsdienstes in Deutschland vor. Die Lernenden setzen sich außerdem mit Pro- und Kontra-Argumenten auseinander und erhalten so eine Grundlage, um eine eigene Position zur Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes zu entwickeln. Die Aufgabenstellungen und Materialien bieten vielfältige Zugänge bei variierender Schwierigkeitsstufe und fördern unterschiedliche Kompetenzen der Lernenden. Dabei finden zum einen die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses, zum anderen weitere Prinzipien wie Aktualität, Problemorientierung und Exemplarität Beachtung.

AB
01

Wehr- und Dienstpflicht in Deutschland – aus der Zeit gefallen?

Zu Aufgabe 1: Was würde ich tun?

Der persönliche Einstieg soll das Interesse der Lernenden steigern und Neugier wecken.

zu a) Die Aufgabenstellung ist offen formuliert, sodass die Lernenden möglichst frei ihre ersten Gedanken festhalten können. Die Ergebnisse können sich stark unterscheiden, „richtig“ oder „falsch“ gibt es nicht.

zu b) Den Lernenden soll bewusst werden, dass ein mögliches Pflichtjahr in verschiedenen Bereichen (Soziales, Umwelt- und Katastrophenschutz, Militär ...) absolviert werden kann und auch innerhalb dieser übergeordneten Bereiche Interessen-

schwerpunkte verfolgt werden können. Zusätzlich kann über die gewünschte Dauer diskutiert werden: Auch wenn einsteigend von einem Pflichtjahr ausgegangen wird, gibt es in der öffentlichen Diskussion auch flexiblere Ansätze (→ AB 03).

Zu Aufgabe 2: Wie war es früher?

Ein Blick in die Geschichte soll dazu beitragen die aktuelle Diskussion über einen Pflichtdienst besser zu verstehen und einordnen zu können.

zu a) Lösung: Q1: 1990, Q2: 1935, Q3: 2011, Q4: 1871, Q5: 1962, Q6: 1960, Q7: 1956

Vor Bearbeitung der Aufgabe kann es sich als sinnvoll erweisen, die verschiedenen Regierungs-/Staatsformen im Zeitleistenverlauf zu klären (ab 1871: Deutsches Kaiserreich, ab 1918: Weimarer Republik, ab 1933: NS-Diktatur, ab 1949: BRD/DDR, 1990: Wiedervereinigung) und zusätzlich zu markieren.

zu b) Bei der Erstellung der Infotexte sollte Wert auf die Angabe der verwendeten Quellen gelegt werden.

Der **Reichsarbeitsdienst (RAD)** war eine Organisation im nationalsozialistischen Deutschland, die 1935 eingeführt wurde und einen Pflichtdienst für junge Männer, etwa in Bauprojekten oder in der Landwirtschaft, und später auch für Frauen vorsah. Der RAD diente der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie der ideologischen Erziehung und militärischen Vorbereitung der Jugend in der NS-Diktatur. Der **Bundesfreiwilligendienst** (→ S. 3) steht Menschen aller Altersgruppen offen und dauert in der Regel zwischen sechs und 18 Monate. Die **Bausoldaten** waren in der DDR Wehrdienstverweigerer, die aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe ablehnten, aber einen alternativen Dienst leisten mussten. Dieser bestand hauptsächlich in Bauarbeiten wie dem Straßenbau und der Errichtung von (militärischen) Gebäuden. Als Form eines Zivildienstes war er jedoch mit militärischer Disziplin und einem militärähnlichen Umfeld verbunden. Bausoldaten hatten keine Waffen, aber waren in militärischen Einrichtungen untergebracht und mussten sich militärischen Vorschriften unterwerfen. Zum **Zivildienst** siehe S. 3, zu **Artikel 12a des GG** siehe S. 4.

Zu Aufgabe 3: Wie populär ist die Idee?

zu a) Es ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der in der Einführung zitierten Umfrage: Eine deutliche Mehrheit befürwortet ein verpflichtendes Jahr, die Zustimmung steigt mit dem Alter. Über das Zustandekommen beider Ergebnisse können Vermutungen angestellt werden. Die Gründe dafür liegen womöglich in der stärkeren Betroffenheit der jungen Generation, womit sich eine Diskussion über das Thema Generationengerechtigkeit anbietet, etwa über eine Aussage des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz vom November 2024, die sich direkt an die junge Generation richtete: „Ihr lebt in einem Land, in dem ihr alle Chancen habt – so gut, wie in wenigen anderen Ländern der Welt [...] Heißt auch, wir können und wir dürfen von euch auch etwas erwarten.“

zu b) Die Umfrage kann klassisch per Handzeichen oder schriftlich anonym durchgeführt werden bzw. online mit einem entsprechenden Tool. Auch wenn an dieser Stelle der Wissensstand über Für und Wider einer Dienstpflicht noch nicht ausgeprägt ist, kann eine erste Urteilsbildung erfolgen, die am Ende nochmals aufgegriffen wird.

AB 02 Pflichtdienst – mit deutschem Recht (un)vereinbar?

Zu Aufgabe 1: Rechtliche Hürden

zu a) Ein Mann zerreißt mit seinen Händen das Grundgesetz. Dabei spricht er lachend Folgendes aus: „ZWANGSDIENST AN WAFFE UND BETTPFANNE? JA, BITTE!“

zu c) und d): Artikel 12 GG setzt einer Dienstpflicht sehr enge Grenzen, Artikel 12a beschränkt die Wehrpflicht auf Männer (ausführlich dazu S. 4).

Zu Aufgabe 2: Weitere Herausforderungen

Die Einführung einer Dienstpflicht brächte neben der Grundgesetzänderung weitere Herausforderungen mit sich, wie sie auf S. 5 beschrieben werden. Offene Fragen sind unter anderem:

- Wie wird eine Dienstpflicht finanziert, wie wird das Auskommen der Verpflichteten gesichert?
- Welche Infrastruktur zur Qualifizierung muss geschaffen werden (Ausbildungsstätten, Ausbilder/-innen usw.)?
- Wie geht man mit Verweigerern um?
- Gilt eine Dienstpflicht auch für Ausländer?

Es können weitere Schlagzeilen gesucht werden, die mit einer Kritik an Pflichtdienst-Modellen verbunden sind.

Zu Aufgabe 3: „Son holt Gold – und muss nicht zum Militär“

Schweden:

2010 setzte Schweden die Wehrpflicht aus, was zu Personalmangel führte. Nach der russischen Annexion der Krim 2014 wurde die Wehrpflicht 2018 wieder eingeführt und betrifft alle in Schweden gemeldeten Personen zwischen 16 und 70 Jahren, die nicht bereits durch die Wehrpflicht oder eine Zivildienstleistung im Kriegsfall

eingebunden wären. Von 100.000 verfügbaren Personen sollen jährlich 8.000 Wehrdienst leisten. Nur Bewerber/-innen mit bester Eignung und Motivation werden eingezogen; daher spricht man von einer „selektiven Wehrpflicht“.

Norwegen:

Es gilt eine allgemeine Wehrpflicht für alle Bürger/-innen zwischen 19 und 45 Jahren, seit 2015 auch für Frauen. Die Dienstzeit umfasst 19 Monate, davon 12 Monate „Grundwehrdienst“ ohne Unterbrechung. Die restlichen Monate beinhalten Übungen und Dienst bei der Heimwehr, verteilt über das Leben. 2023 leisteten knapp 10.000 Personen den Grundwehrdienst, 36 Prozent waren Frauen.

Taiwan:

Taiwan sieht sich anhaltenden militärischen Drohungen durch China ausgesetzt, das die Insel als eigenes Territorium beansprucht. 2024 wurde der Wehrdienst von vier Monaten auf ein Jahr verlängert. Wehrpflicht gilt für Männer zwischen 19 und 40 Jahren; Frauen können sich freiwillig melden.

Südkorea:

Der Konflikt mit Nordkorea prägt die sicherheitspolitische Situation Südkoreas. Alle Männer sind wehrpflichtig und leisten etwa zwei Jahre Wehrdienst; Versetzung in alternative Dienste ist bei fehlender Eignung möglich. Frauen können sich freiwillig melden. Eine Verschiebung der Dienstpflicht ist nur in Ausnahmefällen und bis zum 30. Lebensjahr möglich. Seit 2020 gibt es die Möglichkeit, als Zivildienstleistender z. B. in Gefängnissen zu arbeiten; dieser Ersatzdienst dauert bis zu 36 Monate.

Israel:

Unter anderem die Kämpfe mit der Hamas im Gazastreifen seit Oktober 2023 verdeutlichen die unsichere sicherheitspolitische Lage, in der sich Israel seit Jahrzehnten befindet. Seit 1949 besteht Wehrpflicht, arabische Israelis, etwa 30 Prozent der Bevölkerung, sind davon ausgenommen. Für ultraorthodoxe Jüdinnen und Juden soll die Ausnahme zukünftig nicht mehr gelten. Männer dienen 2,5 Jahre, Frauen zwei Jahre. Regelmäßige Reserveübungen sind obligatorisch. Der abgeleistete Wehrdienst ist in vielen Berufen Grundvoraussetzung für Bewerbungen.

Auffallend ist, dass in den meisten Beispielen mit der angespannten Sicherheitslage argumentiert wird. Diese Einschätzung kann als Ausgangspunkt dienen, die Situation in Deutschland und Europa mit Blick auf Russland zu betrachten.

AB 03 Gesellschaftsdienst in der Diskussion – Modelle und Argumente

Zu Aufgabe 1: Verschiedene Modelle im Vergleich

Soziale Pflichtzeit

Vorschlag von ...	Bundespräsident Steinmeier 2022
Was ist vorgesehen?	Pflichtzeit zwischen sechs Monaten und einem Jahr in einem sozialen Bereich

Wen betrifft es?	Alle Bürger/-innen; sie können die Dienstzeit in verschiedenen Lebensphasen absolvieren
Auswirkungen auf den Einzelnen	Eingriff in die Persönlichkeitsrechte
Auswirkungen auf die Gesellschaft	Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Austausch unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen (z. B. arm und reich, Stadt und Land, verschiedene Kulturen und Generationen) und damit der Demokratie
Bewertung	<i>Individuell</i>

Neuer Wehrdienst

Vorschlag von ...	Verteidigungsminister Pistorius 2024
Was ist vorgesehen?	Verpflichtender Fragebogen über die Bereitschaft und Fähigkeit zur Ableistung des Wehrdienstes. Wer sich bereit erklärt, Wehrdienst zu leisten, erhält eine Einladung zum Gespräch. Hier wird festgestellt, ob die Person geeignet ist und in welchem Bereich sie am sinnvollsten eingesetzt werden kann. Die Dauer des Wehrdienstes variiert zwischen sechs und 23 Monaten, je nach Wunsch.
Wen betrifft es?	Männliche Schulabgänger
Auswirkungen auf den Einzelnen	Verpflichtende Auseinandersetzung mit der Thematik Wehrdienst rückt sie mehr in das Bewusstsein
Auswirkungen auf die Gesellschaft	Erhöhung der Reservistenzahl und damit Stärkung militärischer Resilienz
Bewertung	<i>Individuell</i>

Verpflichtendes Gesellschaftsjahr

Vorschlag von ...	CDU/CSU 2023
Was ist vorgesehen?	Einführung eines verpflichtenden „Gesellschaftsjahres“, das sowohl im sozialen, sportlichen, kulturellen als auch ökologischen und militärischen Bereich absolviert werden kann
Wen betrifft es?	Alle „Schulabgänger“, keine genauere Angabe
Auswirkungen auf den E.	Eingriff in die Persönlichkeitsrechte
Auswirkungen auf die Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Austausch unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen (z. B. arm und reich, Stadt und Land, verschiedene Kulturen und Generationen) und damit der Demokratie Erhöhung der Reservistenzahl und damit Stärkung militärischer Resilienz
Bewertung	<i>Individuell</i>

Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst

Vorschlag von ...	Zivilgesellschaftliche Organisationen 2024
Was ist vorgesehen?	Ein Rechtsanspruch auf staatliche Förderung jeder Freiwilligenvereinbarung. Dies soll Planungssicherheit geben sowie einen Anreiz für die Einsatzstellen, aktiv(er) um Freiwillige zu werben. Die Forderung sieht zudem eine höhere Bezahlung (BAföG-Niveau) sowie eine Informationskampagne vor, um Schulabgänger/-innen besser zu erreichen.
Wen betrifft es?	Alle Bürger/-innen, insbesondere Schulabgänger/-innen
Auswirkungen auf den Einzelnen	Höherer Anreiz zur Absolvierung eines Freiwilligendienstes
Auswirkungen auf die G.	Beitrag zur Linderung des Fachkräftemangels
Bewertung	<i>Individuell</i>

Links zu den QR-Codes stehen gestürzt am linken Rand des Arbeitsblatts.

Ein Anlauf zur Umsetzung des Vorschlags von Verteidigungsminister Pistorius scheiterte mit dem Bruch der Regierungskoalition im November 2024. Die CDU bekräftigte daraufhin ihr Ansinnen, in Regierungsverantwortung ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr einzuführen, das einen Wehrdienst beinhaltet.

Zu Aufgabe 2: Wie wird argumentiert?

Aussage	Intention
Agnieszka Brugger (Grüne)	Freiheit
Markus Söder (CSU)	Sicherheit
Alexander Müller (FDP)	Freiheit
Eva Högl (SPD)	Zusammenhalt
Carsten Linnemann (CDU)	Sicherheit / Zusammenhalt

Die individuellen Bewertungen und Begründungen können sich stark unterscheiden, es gibt kein „richtig“ oder „falsch“. Bei der Besprechung der Ergebnisse sollte jedoch auf eine inhaltliche Kongruenz der Bewertung und Begründung geachtet werden.

Zu Aufgabe 3: Einführung eines verpflichtenden...

zu a) Argumente Pro:

- Beitrag zur Linderung des Fachkräftemangels
- Erhöhung der Wehrbereitschaft
- Förderung des Verantwortungsbewusstseins
- Stärkung des Zusammenhalts und der Demokratie

Weiteres Pro-Argument, das im Text nicht erwähnt wird: Pflicht, aber auch Solidarität als Gegenentwurf zum Privileg (Gerechtigkeitsaspekt)

Argumente Kontra:

- Zwangsdienste lösen keine Probleme nachhaltig
- Motivations- und Effizienzprobleme
- Einschränkung der Persönlichkeitsentfaltung
- Unrealistische Erwartung an Gemeinnutz durch Zwang

Im Anschluss bietet es sich an, die Argumente hinsichtlich ihrer Überzeugungskraft zu ordnen. Bei der Besprechung sollten die Begründungen herausgestellt werden.

zu b) Wenn es Veränderungen im Abstimmungsverhalten gibt, so sollten diese erläutert werden. Folgende Fragen können als Gesprächsanlass dienen: Was hat mich dazu bewogen, meine Meinung zu ändern? Warum blicke ich nun anders auf das Thema? Die Antworten auf diese Fragen können zur Bearbeitung der folgenden Abschlussaufgabe nützlich sein.

Aufgabe 4: Mein Modell für einen Gesellschaftsdienst

Die Ergebnisse können sich stark unterscheiden. Auch bei dieser Aufgabe gibt es kein „richtig“ oder „falsch“. Als Bewertungsmaßstab, sofern beabsichtigt, sollte die Überzeugungskraft der angeführten Argumente gelten. Den Lernenden können unterstützend die zuvor eingeführten Schlagwörter „Sicherheit“, „Zusammenhalt“ und „Freiheit“ in Erinnerung gerufen werden. Diese können bei der Argumentation für oder gegen einen Gesellschaftsdienst helfen.

Wehr- und Dienstpflicht in Deutschland – aus der Zeit gefallen?

Die Wehrpflicht ist in Deutschland abgeschafft. Zuletzt kam die Idee wieder auf, einen allgemeinen Pflichtdienst einzuführen. Was hat es damit auf sich?

Was würde ich tun?

1 Stell dir vor, du hast gerade die Schule abgeschlossen und erhältst einen Brief vom Staat: Du sollst ein Pflichtjahr für die Gesellschaft ableisten. Zur Wahl stehen die Bereiche Soziales, Umwelt- und Katastrophenschutz sowie Militär.



Zur Inspiration

a) Welche Gedanken gehen dir durch den Kopf? Tausche dich mit deinem Nachbarn/deiner Nachbarin aus.

.....

.....

b) In welchem Tätigkeitsbereich würdest du ein Pflichtjahr absolvieren? Begründe.

.....

.....

Wie war es früher?

2 Um zu verstehen, warum manche heute einen Pflichtdienst fordern, hilft ein Blick in die Geschichte.



a) Ordne die Ereignisse den Jahreszahlen auf der Zeitleiste zu. Unterstützung bietet dir der Text (QR-Code).

<p>Q1 Jahr:</p> <p>Nach der Wiedervereinigung wird die Wehrpflicht auch auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeweitet. Die Truppenstärke beträgt nun etwa 500.000.</p>	<p>Q2 Jahr:</p> <p>Der sechs Monate dauernde Reichsarbeitsdienst (RAD) wird für alle Männer zwischen 18 und 25 Jahren zur Pflicht und ist der zweijährigen Wehrpflicht vorgelagert, die im selben Jahr eingeführt wird. Die Aufgaben umfassen überwiegend Arbeiten in der Landwirtschaft und im Rahmen von Bauprojekten.</p>	<p>Q3 Jahr:</p> <p>Die Wehrpflicht wird ausgesetzt und damit auch der Zivildienst abgeschafft. Stattdessen gibt es einen freiwilligen Wehrdienst und einen Bundesfreiwilligendienst: Beide stehen nun allen Menschen offen, die ihre Vollzeitschulpflicht erfüllt haben.</p>	<p>Q4 Jahr:</p> <p>Mit der Reichsgründung wird die allgemeine Wehrpflicht in der Verfassung festgeschrieben. Demnach muss jeder männliche Deutsche ab dem 20. Lebensjahr sieben Jahre lang in den Streitkräften dienen.</p>
---	---	---	--



<p>Q5 Jahr: <u>1962</u></p> <p>Die DDR führt im Kalten Krieg die Wehrpflicht ein. Alle wehrfähigen Männer ab 18 Jahren müssen für 18 Monate Dienst in der Nationalen Volksarmee (NVA) leisten. Wer aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe verweigert, muss als <u>Bausoldat</u> einen unbewaffneten Wehrdienst leisten. Eine vollständige Verweigerung ist nicht möglich.</p>	<p>Q6 Jahr:</p> <p>Das Bundesverfassungsgericht bestätigt, dass es eine Möglichkeit geben muss, einen zivilen Ersatzdienst abzuleisten. Den <u>Zivildienst</u> können ab dem kommenden Jahr junge Männer absolvieren, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern. Sie leisten dann ihren Dienst überwiegend in sozialen Einrichtungen.</p>	<p>Q7 Jahr:</p> <p>Es herrscht Kalter Krieg: Das Wehrpflichtgesetz wird verabschiedet: Alle wehrfähigen Männer sind nun verpflichtet, Wehrdienst zu leisten. 1968 wird die Wehrpflicht im Grundgesetz (Art. 12a GG) verankert.</p>
--	---	---

b) Recherchiere weitere Informationen zu den unterstrichenen fünf Begriffen und erstelle jeweils einen kurzen Infotext.

Wie populär ist die Idee?

3 Aktuell wird in Deutschland wieder über die Einführung eines verpflichtenden Dienstes diskutiert.

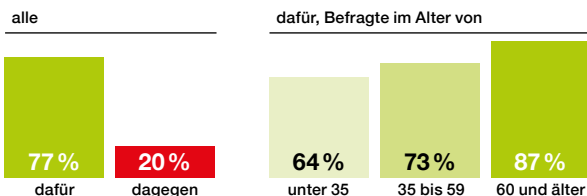
a) Beschreibe die Ergebnisse der Umfrage Q8 aus dem Jahr 2024. Überrascht dich ein Wert?

.....

.....

b) Führt im Anschluss eine Umfrage in eurer Klasse durch und vergleicht eure Ergebnisse mit denen der Umfrage Q8.

Q8 Für oder gegen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr?



QR-Code Aufg. 1: ipso.com/sites/default/files/inline-images/psos-Pl_Gesellschaftsdienst_2024-06-04.jpg; QR-Code Aufg. 2: bpb.de/203136; QR-Code Aufg. 3: ipso.com/sites/default/files/inline-images/psos-Pl_Gesellschaftsdienst_2024-06-04.jpg; QR-Code Aufg. 4: ipso.com/sites/default/files/inline-images/psos-Pl_Gesellschaftsdienst_2024-06-04.jpg; QR-Code Aufg. 5: ipso.com/sites/default/files/inline-images/psos-Pl_Gesellschaftsdienst_2024-06-04.jpg; QR-Code Aufg. 6: ipso.com/sites/default/files/inline-images/psos-Pl_Gesellschaftsdienst_2024-06-04.jpg; QR-Code Aufg. 7: ipso.com/sites/default/files/inline-images/psos-Pl_Gesellschaftsdienst_2024-06-04.jpg; QR-Code Aufg. 8: zdf.de/nachrichten/politik/europawahl-aid-gefahr-bundeswehr-100.html

Pflichtdienst – mit deutschem Recht (un)vereinbar?

Kritische Stimmen führen an, dass ein verpflichtender Gesellschaftsdienst gegen geltendes Recht verstoßen würde. Was ist dran? Und wie handhaben es andere Länder?

Rechtliche Hürden

1 Das Grundgesetz ist das Fundament der Demokratie in Deutschland. Alle weiteren Gesetze müssen damit vereinbar sein.

Q1



a) Beschreibe die Karikatur.

.....

.....

b) Stelle Vermutungen an, warum das Grundgesetz in der Karikatur zerrissen wird.

.....

.....

Q2

Artikel 12 GG

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

c) Überprüfe deine Vermutungen mithilfe des Grundgesetzartikels (Q2). Warum könnte dieser ein Hindernis bei der Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes darstellen?

.....

.....

d) Manchmal wird argumentiert, dass es eine Wehrpflicht gibt, die nur ausgesetzt ist. Sie geht auf Artikel 12a GG (→ AB 01) zurück. Erkläre den Unterschied zu Artikel 12 GG.

.....

.....

Weitere Herausforderungen

2 Um einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst für alle einzuführen, müsste das Grundgesetz geändert werden. Erforderlich wäre eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Überlege, welche weiteren Herausforderungen ein verpflichtender Gesellschaftsdienst mit sich bringen könnte. Die Schlagzeilen geben Hinweise.

Zwangsarbeit mit Heiligenschein?

Q3

edit-magazin

Debatte um neue Wehrpflicht: Ausbilder und Plätze fehlen

Q4

mdr

Viel geben, wenig verdienen

Q5

rbb24

„Son holt Gold – und muss nicht zum Militär“

3 Als diese Nachricht 2018 durch die Medien ging, staunte man sicherlich nicht nur in Deutschland über die strenge Wehrpflicht in Südkorea. Wie sind Wehr- oder Dienstpflicht in anderen Ländern geregelt? Erarbeitet in Kleingruppen die Situation in Schweden, Norwegen, Taiwan, Südkorea und Israel (QR-Code) und stellt sie euch anschließend gegenseitig vor. Was fällt euch auf?



Zum Hintergrund:

Heung-Min Son (* 8. Juli 1992) ist ein südkoreanischer Fußballspieler. Er steht seit 2015 bei Tottenham Hotspur in der Premier League unter Vertrag. Zuvor spielte er u. a. beim Hamburger SV (2008–2013) und bei Bayer 04 Leverkusen (2013–2015). Son wurde 2018

nach dem Gewinn der Goldmedaille bei den Asian Games vom zwei-jährigen Militärdienst befreit. Stattdessen musste der Nationalspieler nur an einer dreiwöchigen militärischen Grundausbildung teilnehmen und einen Freiwilligendienst mit insgesamt 544 Stunden innerhalb von 34 Monaten ableisten. Sons Erleichterung hierüber war nachvollziehbarerweise groß, da er nicht gezwungen war, seine Fußballkarriere zu unterbrechen oder sogar zu beenden.

Gesellschaftsdienst in der Diskussion – Modelle und Argumente

In Deutschland stehen derzeit verschiedene Modelle für einen möglichen Gesellschaftsdienst zur Diskussion. Wie sehen sie aus und was ist deine Position?

Verschiedene Modelle im Vergleich

1 Erarbeitet mithilfe der Texte (QR-Codes) die verschiedenen Modelle, die für einen Gesellschaftsdienst zur Diskussion stehen. Stellt euch die Modelle anschließend gegenseitig vor und diskutiert, welches euch am ehesten überzeugt.

Modell	Soziale Pflichtzeit	Neuer Wehrdienst	Verpflichten- des Gesell- schaftsjahr	Rechts- anspruch auf Freiwilligen- dienst
Vorschlag von ...				
Was ist vorgesehen?				
Wen betrifft es?				
Auswirkungen auf ... den Einzelnen (+ = positiv) (- = negativ)	+ -	+ -	+ -	+ -
... die Gesellschaft	+ -	+ -	+ -	+ -
Bewertung	Note: Begründung:	Note: Begründung:	Note: Begründung:	Note: Begründung:

Wie wird argumentiert?

2 Die Debatte zur Einführung eines Pflichtdienstes verläuft zwischen den Schlagwörtern „Sicherheit“ und „Zusammenhalt“ einerseits und „Freiheit“ andererseits – über die politischen Lager hinweg und selbst innerhalb der Parteien. Überprüfe die folgenden Aussagen zu einem Gesellschaftsdienst und ordne jeweils eine zugrundeliegende Intention („Sicherheit“, „Zusammenhalt“ oder „Freiheit“) zu. Beurteile zudem, ob du der jeweiligen Aussage zustimmst (++)/+(o)/-/-) und begründe deine Meinung.

Aussage	Intention	++/+(o)/-/-)	Begründung
„Wir reden hier über eine Generation, die schon einige kostbare Jahre ihres Lebens an Corona verloren hat. Und jetzt sollen wir eine riesige Infrastruktur aufbauen, um diesen Menschen noch ein Jahr gegen ihren Willen wegzunehmen?“ – Agnieszka Brugger (Grüne)			
„Unser Land braucht 100 Prozent Verteidigungsfähigkeit. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist dafür ein wichtiger Baustein.“ – Markus Söder (CSU)			
„Die FDP-Fraktion lehnt eine Dienst- oder Wehrpflicht ab. Wir sind bereit, über alle Modelle zur verstärkten und erfolgreicherer Rekrutierung zu sprechen, die auf der Freiwilligkeit der Berufswahl basieren.“ – Alexander Müller (FDP)			
„Wir brauchen perspektivisch ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für alle, Männer wie Frauen. Das stärkt den Zusammenhalt und tut auch jedem und jeder Einzelnen gut. Der Dienst in der Bundeswehr wäre ein Teil davon. Andere könnten im sozialen Bereich, im Klimaschutz, in der Denkmalpflege oder in anderen Bereichen ihr Dienstjahr absolvieren.“ – Eva Högl (SPD)			
„Ein solcher Dienst würde sich nicht auf die Bundeswehr beschränken, sondern auch den Pflege- und Sozialbereich sowie THW, Feuerwehr oder Vereine berücksichtigen. Das würde die Krisenresilienz unserer Gesellschaft stärken.“ – Carsten Linnemann (CDU)			

Modelle: bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Zeitungsbekanntgabe/2023/230526-FAZ-Soziale-Pflichtzeit.html; bmv.g.de/de/neuer-wehrdienst-cdu.de/artikel/mach-mal-was-neues_der-parlamentsche.de/fileadmin/user_upload/Fachinfos/doc/Freiwilligendienst_Forderungenpapier_PA_2024.pdf

Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes – Pro und Kontra

3 a) Arbeite die in Q1 und Q2 angeführten Argumente für und gegen einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst heraus.

Q1
Pro von Stefan Küpper

Fragt nicht, hat John F. Kennedy in seiner berühmten Amtsantrittsrede gerufen, was euer Land für euch tun kann – fragt, was ihr für euer Land tun könnt. Die Antwort lautet nicht erst seit der Zeitenwende: Eine ganze Menge, um nicht zu schreiben: Mehr denn je.

Richtig ist: Würde man die Aussetzung der Wehrpflicht aufheben, lösten sich nicht alle Nachwuchssorgen der Bundeswehr in Luft auf. Richtig ist auch: Wenn künftig jedes Jahr eine Alterskohorte Zivildienstleistender den Pflegeheimen und Kindergärten zur Verfügung stünde, wären Pflege- und Kitanotstand noch nicht behoben. Helfen würde es aber schon. Und zwar nicht nur, weil dringend benötigtes Personal für das Altenheim künftig seltener mühsam im Ausland abgeworben werden müsste. Oder weil – wenn alle gemustert würden – sich doch ein paar mehr für den Wehrdienst entscheiden als bisher.

Ein verpflichtendes Jahr hilft diesem Land darüber hinaus. Denn wenn seine jungen Bürgerinnen und seine jungen Bürger sich einmal für gewisse Zeit in den Dienst ihres Staates stellen, ihre eigenen Interessen für das Gemeinwesen beschränken, kann dies – im Idealfall – das eigene Verantwortungsbewusstsein für das große Ganze schärfen. Es bringt zudem Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Regionen zusammen. Es wird niemand bestreiten, dass es in einer Demokratie wie der unseren hilft, eine andere Perspektive einzunehmen. Denn der gesellschaftliche Zusammenhalt fasert zunehmend aus.

Klingt das zu staatstragend? Dann so: Ich habe meinen Zivildienst damals in einer Einrichtung für sprachlich benachteiligte Kinder geleistet. Gelernt habe ich in diesen dreizehn Monaten, dass eine soziale Laufbahn sehr früh beginnt. Dass Vieles, was mir an gesellschaftlichen Chancen bis dahin selbstverständlich erschien, genau das eben nicht ist. Ich bin aus meiner wohlbehüteten Blase herausgekommen. Freiwillig hätte ich das damals, so ehrlich muss man sein, nicht gemacht.

Argumente:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Q2
Kontra von Rudi Wais

Zwang ist immer nur die zweitbeste Lösung. Weder hat die Wehrpflicht die Personalprobleme der Bundeswehr gelöst noch kann ein soziales Pflichtjahr die Lücken schließen, die jahrzehntelange Versäumnisse in Kliniken, Alten- oder Pflegeheimen gerissen haben. Die Idee, junge Menschen zum Dienst an der Gesellschaft zu verpflichten, sieht zwar auf den ersten Blick faszinierend sinnstiftend aus. Tatsächlich jedoch kaschieren ihre Anhänger, allen voran der Bundespräsident, damit nur den eigentlichen Zweck der Operation. Ein Pflichtjahr ist nichts anderes als erzwungene Arbeit – und eine schlecht bezahlte obendrein.

Viele junge Menschen sind bereit, sich zu engagieren, und für begrenzte Zeit in einer sozialen Einrichtung, im Naturschutz oder einem Kindergarten zu arbeiten. Dieses Reservoir zu erschließen, etwa durch eine vernünftige Aufwandsentschädigung oder die Anrechnung solcher Dienste als Beitragszeiten für die Rente, sollte die vornehmste Aufgabe der Politik sein. Was nutzt einem Pflegeheim ein missgelaunter 19-Jähriger, der dort seine Zeit absitzt und jeden Tag nur darauf wartet, dass es Feierabend wird? Wer sich dagegen aus freien Stücken für ein soziales Jahr oder die Bundeswehr entscheidet, kommt motiviert und bleibt im Idealfall sogar, weil er (oder sie) diese Arbeit als erfüllend und bereichernd empfindet.

Jeder habe das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, heißt es im Grundgesetz. Ein Pflichtjahr konterkariert dies nicht nur – es hat auch etwas Anmaßendes, wenn ein Staat glaubt, Gemeinsinn per Gesetz verordnen zu müssen. Bei der Wehrpflicht ließ sich das zu Zeiten des Kalten Krieges noch begründen. Mit dem Zivildienst aber hat die Politik viele Probleme, die sie heute beklagt, erst geschaffen. Indem sie soziale Einrichtungen mit billigen Arbeitskräften geflutet hat, hat sie buchstäblich die Preise verdorben. Fachkräfte aber gewinnt man nur mit einer besseren Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen.

Argumente:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

b) Führt die Umfrage aus AB 01 Aufgabe 3b nochmal durch. Haben sich Veränderungen ergeben?

Mein Modell für einen Gesellschaftsdienst

4 Nun bist du Expertin/Experte. Entwirf ein eigenes Modell für einen Gesellschaftsdienst in Deutschland und beschreibe deine Vorstellungen und die Umsetzbarkeit möglichst konkret. Du kannst dich dabei an den derzeit diskutierten Modellen orientieren. Auch eine begründete, generelle Ablehnung eines Gesellschaftsdienstes ist möglich. Präsentiert eure Ideen in der Klasse.

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Q1/Q2: augsburger-allgemeine.de/politik/pro-und-contra-soll-es-ein-verpflichtendes-dienstjahr-geben-id69068041.html

Engagement, Freiwilligendienste, Pflichtdienst, Wehrpflicht, Zivildienst

bpb Angebote der bpb

Aus Politik und Zeitgeschichte:
Bundeswehr
Nr. 47–48/2024 | bpb.de/556390

Aus Politik und Zeitgeschichte:
Demokratie jenseits von Wahlen
Nr. 42/2024 | bpb.de/552905

Aus Politik und Zeitgeschichte:
Im Dienst der Gesellschaft
Nr. 13–15/2021 | bpb.de/329312

Hannah Brinkmann (2022):
Gegen mein Gewissen
Bestell-Nr. 10765 | bpb.de/507108

Oliver Gehrs, Kersten Augustin (2018):
Das (un)freiwillige soziale Jahr
fluter.de/pro-contra-fsj
*Pro und Kontra zur Einführung eines
Pflichtjahres*

Nariman Hammouti (2020):
**Ich diene Deutschland. Ein persönlicher
Einblick in Strukturen und Reform-
prozesse der Bundeswehr**
Bestell-Nr. 10480 | bpb.de/313690

Cristina Helberg (2022):
Freiwilliger wird's nicht
[fluter.de/debatte-um-pflichtjahr-
freiwilligendienst](http://fluter.de/debatte-um-pflichtjahr-freiwilligendienst)

Veranstaltungsdokumentation (2024):
**19. Bensberger Gespräche: Dem Land
dienen? Militärische und zivile Dienste
an der Gesellschaft**
bpb.de/545909

fluter.de/pro-contra-fsj



Zur Vertiefung

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen
Bundestags
Suchbegriff „Pflichtdienst“
bundestag.de/analysen
*Zahlreiche Dokumentationen zum Themen-
bereich von 2004 bis 2024*

Alexander Dietz, Hartwig von Schubert:
Brauchen wir eine allgemeine Dienstpflicht?
Leipzig 2023

Rabea Haß, Grzegorz Nocko (2024):
**Ein Gesellschaftsdienst für alle – eine
Konkretisierung**
ghst.de/gesellschaftsdienst
*Nachfolgestudie der in Fußnote 1
(S. 3/Einführung) zitierten Studie*

Handelsblatt (2024):
**Dienstpflicht für Heranwachsende:
Kitt für die Gesellschaft – oder Problem für
die Wirtschaft?**
[handelsblatt.com/audio/economic-challenges-
podcast/podcast-economic-challenges-
dienstpflicht-fuer-heranwachsende-kitt-fuer-
die-gesellschaft-oder-problem-fuer-die-
wirtschaft/29586132.html](http://handelsblatt.com/audio/economic-challenges-podcast/podcast-economic-challenges-dienstpflicht-fuer-heranwachsende-kitt-fuer-die-gesellschaft-oder-problem-fuer-die-wirtschaft/29586132.html)
*Diskussion zwischen dem Wirtschaftswissen-
schaftlern Bert Rürup und Michael Hüther
(27 min)*

Konrad-Adenauer-Stiftung (2024):
**Stärken, was uns verbindet: Pflichtzeit für
unsere Gesellschaft**
[bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/
DE/Frank-Walter-Steinmeier/2024/12/241204-
KAS-Pflichtzeit-Staerken-was-verbindet.html](http://bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Frank-Walter-Steinmeier/2024/12/241204-KAS-Pflichtzeit-Staerken-was-verbindet.html)
*Aufzeichnung einer Diskussion von Dezember
2024*

Ferdinand Weber, Christian Richter:
**Das Vorhaben eines allgemeinen Gesell-
schaftsjahres vor dem Verfassungs-,
Völker- und Europarecht**
In: Archiv des Völkerrechts, Bd. 60 Heft 3,
September 2022, S. 288–321

Für den Unterricht

Cornelsen-Verlag (2024):
Wieder Wehrpflicht in Deutschland?
[cornelsen.de/produkte/wieder-wehrpflicht-in-
deutschland-altes-modell-in-neuem-gewand-
arbeitsblatt-mit-loesungen-1100036215](http://cornelsen.de/produkte/wieder-wehrpflicht-in-deutschland-altes-modell-in-neuem-gewand-arbeitsblatt-mit-loesungen-1100036215)
*Vierseitiges Arbeitsmaterial für die Sek II
(kostenpflichtig)*

Klett-Verlag /Armin Häberle (2024):
**Braucht Deutschland wieder eine Wehr-
pflicht?**
[gewi-im-unterricht.de/debatte-des-monats-
1-braucht-deutschland-wieder-eine-wehrpflicht/
Arbeitsblatt-und-Medienspiegel-mit-sicherheits-
politischem-Zugang-zum-Thema](http://gewi-im-unterricht.de/debatte-des-monats-1-braucht-deutschland-wieder-eine-wehrpflicht-Arbeitsblatt-und-Medienspiegel-mit-sicherheits-politischem-Zugang-zum-Thema)

Tagesschau Podcast „mal angenommen“ (2020):
Pflichtdienst für alle? Was dann?
[tagesschau.de/multimedia/podcast/
malangenommen/podcast-mal-angenommen-
pflichtdienst-101.html](http://tagesschau.de/multimedia/podcast/malangenommen/podcast-mal-angenommen-pflichtdienst-101.html)
*Diskutiert wird das Zukunftsszenario eines
allgemeinen Pflichtdienstes (22 min)*

Videoformate, meist mit Pro- und
Kontra-Zugang:

BR: Jetzt red i (2024)
**Debatte um Soziales Pflichtjahr – Chance für
unsere Gesellschaft oder Zwang?**
Verfügbar unter: ardmediathek.de
*Diskussion zwischen einem CSU- und einem
FDP-Politiker über die Einführung eines sozialen
Pflichtjahres (59 min)*

Körber-Stiftung/Süddeutsche Zeitung (2023):
**VERSUS: Brauchen wir eine allgemeine
Dienstpflicht?**
youtube.com/watch?v=LK12ajPIUGA
Zwei Abgeordnete in der Diskussion (13 min)

SWR (2022)
**Ein Jahr für Deutschland? – Der Streit um die
Dienstpflicht**
youtube.com/watch?v=LTP_1Kb1500
*Dokumentation über die gesellschaftliche
Diskussion über die Einführung einer Dienst-
pflicht mit historischen Bezügen (44 min)*

ZDFkultur/unbubble: 13 Fragen
Muss die Wehrpflicht zurück? (2024)
youtube.com/watch?v=NMKLYTB2HQ
**Brauchen wir einen sozialen Pflichtdienst?
(2022)**
youtube.com/watch?v=GN2IDWYbilg
*Debattenformat, in dem geladene Gäste ihre
Argumente austauschen und Kompromisse
suchen (jeweils 39 min)*

ZDF funk (2024):
**Welche Partei schickt dich in den Pflicht-
dienst?**
[zdf.de/funk/die-da-oben-12030/
funk-welche-partei-schickt-dich-in-den-
pflichtdienst-102.html](http://zdf.de/funk/die-da-oben-12030/funk-welche-partei-schickt-dich-in-den-pflichtdienst-102.html)
*Infos zu Parteipositionen zum verpflichtenden
Gesellschaftsjahr (18 min)*

Stunde wie im Flug vergangen?



Wie gut sind Ihre Schüler/-innen mit den Aufgaben zurechtgekommen?
Geben Sie uns Ihr Feedback und helfen Sie uns dabei, die nächsten Themenblätter noch besser zu machen. Vielen Dank!



umfrage.bpb.de/433658

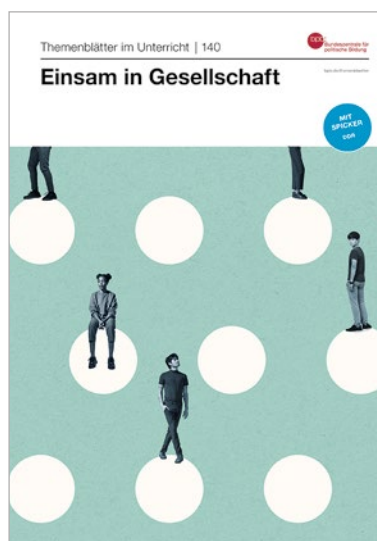
Zuletzt erschienene Themenblätter:

Bundestagswahlen | Extra | Bestell-Nr. 5781
Pflichtdienst für alle? | 141 | Bestell-Nr. 5726
Einsam in Gesellschaft | 140 | Bestell-Nr. 5725
Islamismus | 139 | Bestell-Nr. 5724
Quelle: Künstliche Intelligenz? | 138 | Bestell-Nr. 5723
Kompromisse machen | 137 | Bestell-Nr. 5722
Schwangerschaftsabbruch | 136 | Bestell-Nr. 5721
Ausgebremst? Zukunft der Mobilität | 135 | Bestell-Nr. 5720
Soziale Gerechtigkeit | 134 | Bestell-Nr. 5429
Globalisierung am Limit | 133 | Bestell-Nr. 5428
Pflegernotstand | 132 | Bestell-Nr. 5427
Sicherheit neu denken? | 131 | Bestell-Nr. 5426
Wohnen in der Krise | 130 | Bestell-Nr. 5425
Sport und Politik | 129 | Bestell-Nr. 5424
Meilensteine der deutschen Einheit | 83 | Bestell-Nr. 5976
Impfen als Pflicht? | 128 | Bestell-Nr. 5423
Staatsschulden | 127 | Bestell-Nr. 5422
Was denken Rechtsextreme? | 126 | Bestell-Nr. 5421
Aus Seuchen lernen? | 125 | Bestell-Nr. 5420

Alle Ausgaben online als PDF abrufbar



Alle Arbeitsblätter sind zudem als ausfüllbare PDF- sowie als veränderbare ODT-Dateien abrufbar



Bestellen, herunterladen, abonnieren, feedbacken

- Gedruckte Ausgaben kostenlos bestellen und als PDF oder ODT abrufen unter: bpb.de/themenblaetter
- Gedruckte Ausgaben kostenlos abonnieren oder bestehendes Abo ändern unter: bpb.de/550366
- Feedback geben unter: umfrage.bpb.de